



HESSISCHER LANDTAG

28. 04. 2026

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Sorge um den Rechtsstaat in der Türkei – Solidarität mit Bürgermeister Bozbey

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht, dass Hessen und die türkische Provinz Bursa seit dem 21. Oktober 2010 eine enge Regionalpartnerschaft verbindet – die einzige ihrer Art zwischen einem deutschen Land und einer türkischen Provinz. Darmstadt und Bursa sind seit 1971 Partnerstädte. Hessische Hochschulen kooperieren seit Jahrzehnten mit Universitäten in Bursa. Auch der Lahn-Dill-Kreis pflegt eine Partnerschaft mit Osmangazi, einem Landkreis der Provinz Bursa. Über 300.000 türkeistämmige Bürgerinnen und Bürger leben in Hessen und bilden eine lebendige Brücke in die Türkei, auch nach Bursa. Die Partnerschaft zwischen Hessen und der Provinz Bursa gründet auf gemeinsamen Werten: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Unantastbarkeit des Wählerwillens.
2. Der Landtag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass der demokratisch gewählte Bürgermeister von Bursa, Mustafa Bozbey, am 31. März 2026 gemeinsam mit rund 55 weiteren Personen festgenommen und am 4. April 2026 in Untersuchungshaft genommen wurde. Das türkische Innenministerium enthob Bürgermeister Mustafa Bozbey seines Amtes. Ein Mitglied der AKP wurde mit den Stimmen der nationalen Regierungspartei AKP zum kommissarischen Bürgermeister ernannt. Mustafa Bozbey und seine Partei CHP, die bei den Kommunalwahlen 2024 in Bursa einen historischen Sieg errungen hatte, bestreiten sämtliche gegen Bozbey erhobenen Vorwürfe.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Verhaftung Bozbeys kein Einzelfall ist. Seit dem Frühjahr 2025 wurden zahlreiche gewählte Bürgermeister und Hunderte Mitglieder der größten Oppositionspartei CHP unter Korruptions- und Terrorvorwürfen festgenommen, darunter Ekrem İmamoğlu, Oberbürgermeister von Istanbul. Es werden systematisch Gesetze geändert und justitielle Mittel eingesetzt, um politische Mitbewerber der Regierungspartei AKP zielgerichtet aus dem demokratischen Wettstreit zu verdrängen. Politiker und Politikerinnen der Opposition werden immer weiter unter Druck gesetzt. Recht und Justiz dürfen nicht missbraucht werden, um unerwünschte demokratische Veränderungen zu vereiteln. Die Umstände der Festnahme und Absetzung Bozbeys wecken insofern erhebliche Zweifel, dass es sich hier um ein gerechtes Verfahren handelt.
4. Der Landtag drückt seine volle Solidarität mit Mustafa Bozbey und mit allen demokratisch gewählten Amtsträgerinnen und Amtsträgern in der Türkei aus, die wegen der Ausübung ihres Mandats verfolgt werden. Er spricht ihnen und ihren Familien unsere Solidarität aus. Der Landtag bekundet zudem seine Solidarität mit den türkeistämmigen Menschen in Hessen, die die politischen Entwicklungen in der Türkei mit großer Sorge verfolgen. Er würdigt ihr Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – hier in Hessen wie in ihrer Herkunftsregion.
5. Der Landtag bekräftigt sein Bekenntnis zur Partnerschaft zwischen Hessen und der Provinz Bursa. Diese Partnerschaft ist und bleibt ein Zeichen von Freundschaft und zivilgesellschaftlicher Verbundenheit.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. April 2026

Für die Fraktion
der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert